



Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Biberach - öffentlich -

am 03.12.2018

Beginn: 17:10 Uhr

Ende: 19:00 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 15 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Oberbürgermeister Norbert Zeidler

Mitglieder:

Stadträtin Lucia Authaler
Stadtrat Rainer Etzinger
Stadträtin Steffi Etzinger
Stadtrat Christoph Funk
Stadträtin Marlene Goeth
Stadträtin Manuela Hölz
Stadtrat Reinhold Hummler
Stadträtin Elisabeth Jeggle
Stadträtin Gabriele Kübler
Stadtrat Dr. Rudolf Metzger
Stadtrat Dr. Peter Schmid
Stadtrat Peter Schmogro
Stadtrat Johannes Walter
Stadtrat Dr. Manfred Wilhelm

Stellvertreter/in:

Stadtrat Bruno Mader

Vertretung für Frau Mo-
nika Holl

Protokollführer:

, Schriftführung Florian Achberger, Gremi-
en, Kommunikation, Bürgerengagement

Verwaltung:

Ortsvorsteher Helmuth Aßfalg, Stafflangen
Ortsvorsteher Walter Boscher, Ringschnait
Klaus Buchmann, Kulturamt
Irene Emmel, Amt f. Liegenschaften u. Wirtschaftsförd ab öffentlicher Teil
Wilfried Erne, Hauptamt
Andrea Fischer, Personalrat
Thorsten Göbel
Anna Kleine-Beek
Tanja Kloos, Amt für Bildung, Betreuung und Sport

Öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am 03.12.2018

Baubürgermeister Christian Kuhlmann
Margit Leonhardt, Kämmereiamt
Andreas Rapp, Personalrat
Kulturdezernent Dr. Jörg Riedlbauer
Ortsvorsteher Alexander Wachter, Mettenberg
Hospitalverwalter Roland Wersch
Wolfgang Winter, Bauverwaltungsamt

ab öffentlicher Teil

Gäste:

Stadträtin Magdalena Bopp
Stadtrat Hubert Hagel
Stadtrat Ulrich Heinkele
Stadtrat Werner-Lutz Keil

entschuldigt:

Mitglieder:

Stadträtin Monika Holl

Protokollführer:

, Schriftführung Simone Linder, Gremien, Kommunikation, Bürgerengagement

Verwaltung:

Ortsvorsteher Theo Imhof, Rißegg

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Gesamtliste Haushaltsanträge 2019	2018/242
1.1.	Haushaltsanträge 2019 - CDU-Fraktion	AT 2018/010
1.2.	Haushaltsanträge 2019 - SPD-Fraktion	AT 2018/012
1.3.	Haushaltsanträge 2019 - Freie-Wähler-Fraktion	AT 2018/009
1.4.	Haushaltsanträge 2019 - Grünen-Fraktion	AT 2018/011
2.	Bekanntgaben - Standort Stadtmodell	

Die Mitglieder wurden am 22.11.2018 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Ratsinfosystem unter www.ris-biberach.de am 23.11.2018 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1. Gesamtliste Haushaltsanträge 2019

2018/242

Dem Hauptausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage1** beigefügte Drucksache Nr. 2018/242 zur Beschlussfassung vor. Angeschlossen ist dieser Niederschrift die Version, in der bereits die Ergebnisse der aktuellen Hauptausschusssitzung eingetragen sind. Die Haushaltsanträge der Fraktionen sind dieser Niederschrift als **Anlagen 2-5** (AT 2018/010; AT 2018/012; AT 2018/009; AT 2018/011) beigefügt.

OB Zeidler schlägt vor, die einzelnen Anträge Ziffer für Ziffer durchzugehen. Sollten noch Fragen zu einzelnen Anfragen auftauchen, bittet er darum, diese ebenfalls gleich zu stellen.

Nr. 2: Leistungsorientierte Bezahlung
- Anfrage der Grünen-Fraktion -

StR Dr. Wilhelm meint, dass es zukünftig zur leistungsorientierten Bezahlung eine Vorlage geben sollte.

OB Zeidler erklärt, dass eine Beschlussvorlage bei einer Freiwilligkeitsleistung wie der leistungsorientierten Bezahlung ohnehin verpflichtend sei.

StR Schmogro ergänzt, dass er gerne einmal einen wissenschaftlichen Nachweis dafür hätte, dass eine leistungsorientierte Bezahlung tatsächlich die Motivation der Mitarbeiter steigert. Nach seinem Kenntnisstand gebe es hierfür überhaupt keine Hinweise.

Nr. 17 Quartierbezogenes Zentrum Mittelberg
- Antrag der CDU-Fraktion -

StRin Authaler stellt klar, mit der Stellungnahme der Verwaltung nicht zufrieden zu sein. Das quartierbezogene Zentrum sei wie ein ITZ für soziale Belange. Wenn die Schule ohnehin saniert werde, dann könne man auch gleich einen zusätzlichen externen Zugang zur Aula errichten. Die Volkshochschule sei dringend auf der Suche nach Räumlichkeiten für Projekte auf dem Mittelberg. Im Übrigen gebe es hierfür im Rahmen des Programms "Quartier 2020" auch Mittel vom Land.

OB Zeidler erwidert, dass im Antrag der CDU-Fraktion nichts von einem ITZ für soziale Belange stehe, sondern dass hier von einem quartierbezogenen Zentrum Mittelberg die Rede sei. Auf dieses habe sich auch die Antwort der Verwaltung bezogen. Der Antwort der Verwaltung sei zu entnehmen, dass mit einem solchen Zentrum Standards geschaffen würden, die die Stadt an anderer Stelle wieder einholen könnten. Andere Stadtteile könnten daraus ebenfalls entsprechende Wünsche ableiten und auch mit zusätzlichen Personalkosten müsste gerechnet werden. Im Übrigen sei die Verwaltung immer davon ausgegangen, dass wenn familienbezogene Projekte auf dem Mittelberg gestartet werden, der Kindergarten Hühnerfeld im Fokus stehen würde.

StRin Kübler findet die Idee an sich nicht schlecht, allerdings sollte solch ein Zentrum den Stadtbewohnern nicht aufgedrückt werden, sondern die Initiative sollte aus dem Stadtteil selbst

kommen. Im Übrigen sollte zunächst die Investitionsliste abgearbeitet werden, in der Zukunft könne man dann über solch ein Zentrum diskutieren.

StRin Etzinger meint, dass der Mittelberg bereits über eine gute Infrastruktur und ein vielseitiges Angebot verfüge. Bevor über ein solches Zentrum nachgedacht wird, sollte zunächst mit den entsprechenden Akteuren im Stadtteil gesprochen werden. Wenn die Grundschule saniert wird, sei für sie eigentlich selbstverständlich, dass dabei auch eine Mehrfachnutzung durch andere Akteure berücksichtigt werde. Hierfür benötige es aber kein Quartiersentwicklungskonzept.

OB Zeidler bestätigt, dass solch eine Mehrfachnutzung Standard sei.

StR Funk stimmt seiner Vorrednerin zu und weist daraufhin, dass der Berliner Platz eigentlich auch auf der Agenda stehe und diskutiert werden müsste.

StR Walter macht deutlich, eine Mehrfachnutzung an der neu sanierten Mittelberg-Grundschule verankern zu wollen. Aufgrund des Förderprogramms Quartier 2020 gebe es die Möglichkeit einer qualifizierten Beratung aus dem Ministerium. Eine solche Beratung könnte für die Sanierung der Grundschule wertvolle Hinweise liefern. Dies sei letztlich der Hintergrund des Antrags, der Name der Einrichtung sei egal.

OB Zeidler schlägt vor, folgenden Prüfungsauftrag an die Verwaltung mit in den Antrag aufzunehmen: "Die Verwaltung prüft im Zuge der Sanierung der Mittelberg-Grundschule, inwiefern Ideen und Mittel aus dem Programm Quartier 2020 generiert werden können."

StR Walter teilt mit, diese Formulierung sehr gut zu finden und den Antrag entsprechend zu modifizieren.

StR Mader wirft ein, dass es nicht um Geld und Ideen gehe, sondern um die Frage, wer dieses Projekt anschiebt und später betreuen wird.

OB Zeidler entgegnet, dass er sich mehr auf die Gestaltung der Räumlichkeiten fokussiert habe und weniger auf den Quartiersaspekt. Wenn es für die Gestaltung der Räumlichkeiten noch Fördermittel seitens des Landes gebe sei ihm dies nur Recht.

StR Funk spricht sich dagegen aus, immer wieder neue Projekte anzugehen und möchte von Baubürgermeister Kuhlmann wissen, inwiefern die angestrebte Prüfung eine zusätzliche Belastung darstelle.

Baubürgermeister Kuhlmann erklärt, dass eine Prüfung wie von OB Zeidler formuliert, keine zusätzliche Belastung darstelle. Das Raumprogramm müsse ohnehin in Absprache mit dem ABBS erarbeitet werden und er habe es so verstanden, dass dieses Raumprogramm noch einmal abgeglichen werde mit den Anforderungen des Programms Quartier 2020. Dies sei kein Mehraufwand.

StRin Goeth weist noch einmal darauf hin, dass unbedingt mit den Kirchen gesprochen werden müsse. Die Bewohner des Teilorts sollten aktiv mit einbezogen werden.

StRin Authaler erklärt, ihr Kindergarten und auch der Albert Hetsch Kindergarten wären sehr froh darüber, einmal eine Aula nutzen zu können. Natürlich müsse mit den verschiedenen Akteu-

ren gesprochen werden, aber zunächst einmal sollten die Möglichkeiten einer solchen Mehrfachnutzung ausgelotet werden.

OB Zeidler wirft ein, dass die Mittelberg-Grundschule doch bereits über eine Aula verfüge, woraufhin StRin Authaler erläutert, dass dies zwar richtig sei, die Aula aber über keinen separaten Zugang verfüge, was die Nutzungsmöglichkeiten für Externe stark einschränke.

Der modifizierte Antrag wird einstimmig angenommen.

Nr. 21: Mobile Eisbahnlauf

- Antrag der FW-Fraktion -

Der Antrag ist mit der Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

Nr. 22: Sperrvermerk für den Erwerb von Objekten mit Innenstadtbezug

- Antrag der FW-Fraktion -

Der Antrag ist mit der Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

Nr. 48: Sperrvermerk für den Erwerb eines Kunstgegenstandes für ein Skulpturenfeld

- Antrag der FW-Fraktion -

StR Mader meint, überall Sperrvermerke anzubringen wäre zu viel Regulierung und man sollte sich wieder auf die Hauptsatzung und die darin enthaltenen Wertgrenzen besinnen. Alles andere erschwere die Arbeit von Verwaltung und Gemeinderat.

StRin Etzinger stellt klar, dass es hierbei um Brunnen und andere öffentlichkeitswirksame Themen gehe. In der Öffentlichkeit werde es nämlich so wahrgenommen, dass der Gemeinderat einen Brunnen beschlossen habe, dem sei aber nicht so.

OB Zeidler entgegnet, dass sich trotzdem die Frage stelle, wo man anfangen und wo man aufhören. Insofern sei der Einwand von StR Mader durchaus berechtigt. Bei Kunstgegenständen und Brunnen sehe er es aber wie die Antragsteller.

StR Funk teilt mit, die Hauptsatzung schon immer falsch gefunden zu haben. Insofern sei es richtig, Sperrvermerke zu setzen. Eigentlich müsste jede Position des Haushaltsplans durchgesehen werden, da die Verwaltung über einen sehr großen Handlungsspielraum verfüge. Die FDP-Fraktion unterstütze daher den Antrag. Noch wichtiger sei aber, in der Öffentlichkeit klar zu vermitteln, wer für welche Beschlüsse verantwortlich ist. Er selbst habe keine Lust, für Dinge verantwortlich gemacht zu werden, die er nicht beschlossen habe.

OB Zeidler vergewissert sich, dass der Antrag bereits auf Brunnen und Kunstgegenstände beschränkt wurde.

StR Mader widerspricht der Einschätzung von StR Funk und verweist darauf, dass jeder Betrieb über eine Geschäftsordnung verfüge. Nur mit solchen Geschäftsordnungen sei die Führung eines Betriebs oder einer Verwaltung überhaupt möglich. Zudem gehöre etwas Vertrauen dazu, dass diese Grenzen auch eingehalten werden. Natürlich könne man sich es auch schwer machen, nur habe man dann mehrere Sitzungen pro Woche, die vier Stunden dauern. Dies könne kein Berufstätiger nebenher leisten.

StRin Goeth erwidert, dass so viele Brunnen auch wieder nicht gebaut werden und erinnert an den geplanten Turm im Schadenhof, der ebenfalls abgelehnt worden sei. Es gehe um öffentlichkeitswirksame Projekte im Zentrum der Stadt, für die sie sich einen gewissen Entscheidungsspielraum für den Gemeinderat wünsche. Andere Dinge seien davon nicht betroffen.

OB Zeidler stellt abschließend klar, dass der Antrag eingeschränkt wird auf Brunnen, Skulpturen und Kunstgegenstände im öffentlichen Raum.

Der Antrag wird bei 1 Nein-Stimme (StR Mader), 1 Enthaltung (StR Schmogro) und restlichen Ja-Stimmen angenommen.

Nr. 49: Überarbeitung des Stadtinformationssystems
- Antrag der CDU-Fraktion -

StR Walter stellt klar, dass die Mittel bereits jetzt eingestellt werden sollen, damit das Projekt bereits 2019 umgesetzt werden kann.

Baubürgermeister Kuhlmann erläutert, dass man erst ein Konzept benötige um die Kosten beziffern zu können. Ein Stadtinformationssystem lasse sich auch komplett neu denken und so seien beispielsweise digitale Lösungen denkbar, die sich kostenmäßig aber ganz anders niederschlagen würden. Ein Konzept sehe er für 2019 vor, die Umsetzung dann für 2020.

StR Walter zeigt sich nicht zufrieden mit dieser Antwort. Man habe eigentlich erwarten können, dass die Überarbeitung des Stadtinformationssystems nun umgesetzt werde. Er finde es schade, dass dieses Projekt nun um ein weiteres Jahr eingebremst werde.

Damit ist der Antrag erledigt.

Nr. 50: Infostelen und Innenstadtkonzept
- Antrag der CDU-Fraktion -

Der Antrag ist mit der Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

Nr. 56: Kindersportschule KISS
- Antrag der CDU-Fraktion -

StRin Etzinger ist befangen und verlässt den Ratstisch.

OB Zeidler trägt vor, dass Einrichtungen nicht doppelt bezuschusst werden sollten.

StR Walter erklärt, dass die Kindersportschule auf die CDU-Fraktion zugekommen sei mit dem Hinweis, dass das Thema vom Vorsitzenden der TG Biberach bereits einmal mit OB Zeidler besprochen worden sei. Dies habe die Fraktion aber nicht mehr überprüfen können. Grundsätzlich sei klar zu sehen, dass der Förderbetrag deutlich gesunken sei. Er hätte gerne eine schriftliche Antwort der Verwaltung auf diesen ganzen Vorgang, der für ihn nur schwer nachzuvollziehen sei.

OB Zeidler stellt klar, dass es bislang kein Gespräch zwischen ihm und dem TG-Vorsitzenden gegeben habe. Im Übrigen sei für ihn der Sachverhalt recht einfach: Es habe bereits Investitionszuschüsse und Zuschüsse für den laufenden Betrieb gegeben.

StR Dr. Schmid empfindet den ganzen Vorgang als etwas fragwürdig. Die TG Biberach müsste sich direkt an die Stadtverwaltung wenden und nicht an eine einzelne Fraktion.

StR Etzinger erklärt, dass ursprünglich einmal eine Drittelfinanzierung durch Stadt, Spenden und Elternbeiträgen vereinbart worden sei. Mittlerweile sei der Zuschuss der Stadt bei rund 13 Prozent angelangt, während die Elternbeiträge sehr stark gestiegen seien. Kinder aus weniger gut betuchten Elternhäusern könnten das Angebot schlicht nicht mehr wahrnehmen. Die Jugendkunstschule und Musikschule würden mit sehr ordentlichen Summen von der Stadt bezuschusst. Die 25 Euro Zuschuss im Rahmen der Jugendsportförderung bekomme jedes Kind und somit habe dieser Zuschuss mit der Kindersportschule nichts zu tun. Als die KISS einst gegründet wurde sei ausgemacht worden, dass diese der TG Biberach nicht zur Last fallen dürfe. Die KISS leiste unbestritten eine enorm wichtige Arbeit und wenn sich die Eltern dies nicht mehr leisten können, müsse man sich die Frage stellen, ob das Ganze überhaupt noch einen Sinn ergebe.

StRin Kübler meint, dass für eine Entscheidung ein Antrag der Kindersportschule vorliegen müsse. So ein Anliegen über Dritte vorzubringen sei nicht der richtige Weg.

StRin Kübler schließt sich ihrer Vorrednerin an und kritisiert den Verfahrensweg. Zwar leiste die KISS eine hervorragende Arbeit, aber einem Verein einfach aus Sympathiegründen 10.000 Euro mehr Zuschuss zu bezahlen gehe nicht. Der Verein müsse einen Antrag stellen und die Verwaltung dann dazu Stellung beziehen. Dies sei der normale Vorgang und dann könne sachgerecht entschieden werden. Die Freien Wähler möchten daher einen Alternativantrag stellen mit folgendem Wortlaut: "Es wird eine Vorlage erstellt und dem Gemeinderat zur Entscheidung vorgelegt. Die Vorlage geht auch auf die seinerzeit vereinbarte Drittelfinanzierung ein."

OB Zeidler vertritt die Ansicht, dass die TG Biberach einen Antrag an die Stadt stellen sollte und schlägt folgende Formulierung vor: "Nach Vorliegen eines Antrags der TG Biberach wird eine Vorlage erstellt und dem Gemeinderat zur Entscheidung vorgelegt. Die Vorlage geht auch auf die seinerzeit vereinbarte Drittelfinanzierung ein."

StR Walter fügt erklärend hinzu, dass seiner Fraktion nicht bekannt gewesen sei, ob es in der Vergangenheit schon einmal einen entsprechenden Antrag der TG Biberach gegeben habe. Deshalb sei die CDU-Fraktion mit der beschriebenen Vorgehensweise absolut einverstanden.

Der modifizierte Antrag wird einstimmig angenommen.

StRin Etzinger kehrt an den Ratstisch zurück.

Nr. 66: Rückkauf des Wassernetzes

- Antrag der CDU-Fraktion -

OB Zeidler teilt mit, den Antrag als weitere Anregung zum Rückkauf des Wassernetzes mit aufzunehmen.

StR Mader trägt vor, die Antwort der Verwaltung sei grundsätzlich richtig. Das Kind sei vor Jahren in den Brunnen gefallen und es ergebe keinen Sinn, hier ständig nachzubohren.

StR Dr. Schmid hingegen begrüßt es, dass hier immer wieder Druck gemacht werde.

StR Funk erwidert, der Antrag bringe vielleicht aktuell nichts, aber in Zukunft könnte sich die Chance zum Rückkauf des Wassernetzes ergeben. Und wenn sich eine solche Gelegenheit auftue, dann müsse die Chance genutzt werden und die Verwaltung handeln können.

OB Zeidler erklärt, dass man sich darin einig sei.

Damit ist der Antrag erledigt.

Nr. 67: ÖPNV-Bericht

- Antrag der SPD-Fraktion -

Der Antrag ist mit der Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

Nr. 68: Kostenlose Schülerbeförderung zu den Biberacher Schulen und der Hochschule

- Antrag der SPD-Fraktion -

StRin Kübler möchte wissen, warum das Thema nicht in die Konzessionsverhandlungen mit den Stadtwerken einfließen könne. Auch über die Preise der Schülermonatskarten sollte mit den Stadtwerken gesprochen werden. Die Einführung des Bürgertickets sei zwar eine tolle Sache, allerdings könne dies erst ab 18 Jahren erworben werden und Schülermonatstickets seien über das Jahr gerechnet sehr viel teurer. Dieses Thema solle bitte mitgenommen werden.

OB Zeidler meint auch, dass hier eine Angleichung richtig wäre. Die Stadtwerke sollen hierzu einen Prüfungsauftrag erhalten.

StRin Jeggle erkundigt sich, welche Schüler genau kostenlos befördert werden sollen, nur die Schüler aus Biberach, oder alle Schüler an Biberacher Schulen unabhängig davon, woher sie kommen. Ergänzend würde sie dann interessieren, was mit Jugendlichen aus Biberach passiere, die eine Berufsschule in Riedlingen besuchen.

StRin Kübler teilt mit, in dieser Frage offen zu sein, sie möchte den Sachverhalt von den Stadtwerken einfach einmal geprüft haben.

OB Zeidler wirft ein, jeder merke gerade, wie komplex das Thema sei.

StR Hummler ergänzt, dass mehr als 50 Prozent aller Schüler an Biberacher Schulen von auswärts kommen und es das Bürgerticket nur für Biberacher gebe. Darüber hinaus gebe es wie bereits festgestellt auch Biberacher, die auswärtige Schulen besuchen.

StR Funk erklärt, nicht immer noch mehr für die Umlandgemeinden bezahlen zu wollen. Es sei nicht in Ordnung, Ummendorf und die Biberacher Ortschaften gleichzustellen.

OB Zeidler teilt abschließend mit, dass die Stadtwerke einen Prüfungsauftrag erhalten werden.

Nr. 69: Anlaufstelle für den Erwerb des 1-Euro Tickets im Rathaus
- Antrag der SPD-Fraktion -

StRin Kübler erläutert, dass der Ansturm auf solch eine Anlaufstelle zu bewältigen wäre. Es wäre auch ein Automat denkbar, was zusätzlich auch eine Werbung für die Stadtwerke wäre.

OB Zeidler bittet darum, dieses Fass nicht aufzumachen. Ansonsten könnten auch irgendwann Freibadtickets oder ähnliches im Rathaus verkauft werden. All dies sei geprüft worden, als im Rathausfoyer der Bürgerservice eingerichtet wurde. Es sei auch nicht damit getan, einfach einen Automaten ins Foyer zu stellen, denn dessen Bedienung würde unweigerlich Fragen nach sich ziehen, die dann wiederum an der Empfangstheke beantwortet werden müssten. Der Verkauf der 1-Euro Tickets sei Aufgabe der Stadtwerke und dieser müsse nicht auch noch im Rathaus abgewickelt werden, zumal die Mitarbeiter am Empfang ohnehin schon mit Aufgaben voll ausgelastet seien. Es gebe einige Leerstände in der Innenstadt, die für eine Verkaufsstelle der Stadtwerke in Frage kämen.

StRin Goeth weist daraufhin, dass das Tagesticket im Bus gekauft werden könne. All jenen, die von außerhalb kommen nütze somit eine Anlaufstelle im Rathaus für 1-Euro Tickets überhaupt nicht. Was die Handytickets anbelangt, sei man gerade dabei, in Zusammenarbeit mit Herrn Schilling von den Stadtwerken, Senioren zu schulen. Das Handyticket befinde sich somit auf einem ganz guten Weg. Eine erste Veranstaltung dazu in der Bonhoefferkirche sei sehr gut besucht gewesen.

StR Walter unterstützt das Anliegen der SPD-Fraktion, wobei es für das Erste auch ein Fortschritt wäre, wenn die Mitarbeiter der Stadtwerke geschult würden. Hieran habe es seiner Ansicht nach bisher am meisten gehapert.

StR Dr. Wilhelm begrüßt den Prüfauftrag an die Stadtwerke. Eine solche Verkaufsstelle müsse nicht im Rathaus angesiedelt werden, auch eine Integration ins DING-Büro sei denkbar. Dieses befinde sich gegenüber dem Finanzamt und wäre somit auch in der Nähe.

StR Funk meint, dass die Stadt zwar für solche Anliegen prinzipiell offen sein sollte, das Thema zunächst aber Sache der Stadtwerke sei. Insofern könne er nicht verstehen, dass der Gemeinderat einige Themen einfach der Verwaltung überlasse, hier aber über Angelegenheiten der Stadtwerke diskutiere.

StRin Kübler erwidert, dass das DING-Büro zu weit vom Marktplatz entfernt sei. Im Übrigen gebe es durchaus viele Personen, die zu Fuß in die Stadt laufen, mit ihren Einkäufen dann aber gerne mit dem Bus zurückfahren würden.

OB Zeidler teilt mit, dass es ihm nicht darum gehe, eine Verkaufsstelle abzuwehren. Er sei auch für ein belebtes Rathaus. Es gebe aber auch Grenzen, die jetzt nicht noch ausgedehnt werden sollten. Wenn die Stadtwerke in der Innenstadt präsent sein wollen, würde er dies begrüßen, allerdings sollte sich diese Präsenz dann nicht auf einen Automaten beschränken.

Amtsleiter Buchmann ergänzt, dass die Mitarbeiter an der Empfangstheke mittlerweile nur noch zu einem Drittel mit dem Kartenservice beschäftigt seien. Zwei Drittel ihrer Tätigkeiten entfielen auf andere Aufgaben. Der Druck auf das Personal dürfe seiner Ansicht nach nicht weiter erhöht werden.

OB Zeidler schlägt vor, dass der Hauptausschuss den Stadtwerken den Wunsch widerspiegelt, dass die Stadtwerke verstärkte Präsenz in der Innenstadt zeigen.

StRin Kübler erklärt sich mit dieser Modifizierung ihres Antrags einverstanden.

Der modifizierte Antrag wird einstimmig angenommen.

Nr. 71: Tiefgaragen-Kennzahlen
- Anfrage der SPD-Fraktion -

StR Mader möchte wissen, wie der Betriebsverlust zustande komme.

Amtsleiterin Leonhardt erklärt, dass der Betriebsverlust auf die Erweiterung des Parkhauses Ulmer Tor zurückgehe.

Damit ist die Anfrage erledigt.

Nr. 75: Projekt "Marke Biberach"
- Anfrage der SPD-Fraktion -

StRin Kübler möchte wissen, ob es mittlerweile einen messbaren Erfolg der Kampagne gebe? Der SPD-Antrag zum WLAN könnte ihrer Meinung nach auch zu einer größeren Bekanntheit der Stadt beitragen.

Kulturdezernent Dr. Riedlbauer stellt klar, dass es sich bei der Markenführung und dem WLAN um zwei separate Projekte handle. Natürlich benötige die Verwaltung WLAN in den öffentlichen Gebäuden, aber darüber hinaus sei man nicht dabei, WLAN im öffentlichen Raum zu intensivieren. Angesichts der Entwicklung bei den Smartphones sei dies auch nicht unbedingt erforderlich. Die Markenführung sei Anfang des Jahres vorgestellt worden. Danach solle das Botschafterkonzept fortgeführt und Social Media weiterbespielt werden. Bei Facebook verfüge man mittlerweile über eine Reichweite von 100.000 Personen, bei Instagram betrage die Reichweite rund 16.000 Perso-

nen. Ob sich aufgrund dieses Engagements ein Student für Biberach und gegen Karlsruhe als Studienort entscheidet, könne allerdings nicht verifiziert werden. Dennoch gehörten Social-Media-Kanäle heute zum Standard und insofern sei dies gut angelegtes Geld.

StRin Kübler fragt nach, ob es im Jahr 2019 einen Bericht dazu geben werde.

Kulturdezernent Dr. Riedlbauer bejaht dies, der Drei-Jahres-Bericht komme im Jahr 2019.

Damit ist die Anfrage erledigt.

Nr. 76: Zirkusangebot der Kindersportschule KISS

- Antrag der CDU-Fraktion -

Der Antrag ist mit der Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

Nr. 81: Grund für die Sprünge beim Lastenausgleich Kleinkinder

- Anfrage der FW-Fraktion -

Amtsleiterin Leonhardt erläutert, dass die Sprünge auf Nachfinanzierungen über das Vorjahr zurückzuführen seien.

Damit ist die Anfrage erledigt.

Nr. 82: Kindergarten-Budgets

- Anfrage der CDU-Fraktion -

StR Walter zitiert den letzten Satz aus der Antwort der Verwaltung und möchte wissen, welche Haushaltsmittel 2019 bereitgestellt werden.

Amtsleiterin Leonhardt erklärt, dass der bisherige Betrag eingestellt wurde.

StR Walter erwidert, gerne eine Dotierung für 2019 zu haben und nicht wieder eine Verschiebung ins Jahr 2020.

EBM Wersch teilt mit, dass die Mehrkosten über die Deckungsreserve getragen werden.

StR Walter erklärt, nun mit der Antwort zufrieden zu sein. Aber künftig sollte die AG Kindergarten öfter tagen.

Damit ist die Anfrage erledigt.

Nr. 83: Gründe für die unbefriedigende Auslastung der Kindertageseinrichtungen

- Anfrage der SPD-Fraktion -

StR Dr. Metzger verweist auf eine etwas widersprüchliche Aussage zur Auslastung der Kindertageseinrichtungen im Haushaltsplan und möchte gerne wissen, ob man mit einer Auslastung von 80-85 Prozent zufrieden sein könne.

EBM Wersch erklärt, dass er und Amtsleiterin Leonhardt mit einer Auslastung von 85 Prozent nicht zufrieden seien. Dies sei die Aussage im Haushaltsplan. Die Antwort der Verwaltung auf die SPD-Anfrage hingegen stamme von Amtsleiterin Kloos, die mit einer Auslastung von 85 Prozent zufrieden sei. Seiner Ansicht nach könne man mit solch einer Auslastung nicht zufrieden sein. Eine Auslastung von 105 Prozent sei in Ordnung, aber nicht 85 Prozent.

Damit ist die Anfrage erledigt.

Nr. 84: Gebührenfreier Kindergarten ab dem neuen Kindergartenjahr 2019/2020
- Antrag der SPD-Fraktion -

StRin Kübler stimmt zwar darin überein, dass dies eigentlich ein landespolitisches Thema sei, allerdings stehe dieses schon seit Jahren auf der Agenda und bisher sei überhaupt nichts passiert. Deshalb habe ihre Fraktion dieses Thema noch einmal aufgegriffen. In Baden-Württemberg hätten schon Künzelsau und Heilbronn seit einigen Jahren gebührenfreie Kindergärten. Der Antrag der SPD-Fraktion beziehe sich zudem auf Kinder ab drei Jahre, weshalb es nicht zu einer Abwanderung von Krippenkindern in Richtung Kindergärten kommen werde. Nachdem Biberach zuletzt die Gewerbesteuer gesenkt habe, sei es nun an der Zeit, etwas für Familien zu tun.

StR Walter meint, die SPD müsste sich bundes- und landespolitisch für gebührenfreie Kindergärten einsetzen. Die CDU-Fraktion habe damals den Vorschlag gemacht, bei den Gebühren zehn Prozent unter dem Landesrichtsatz zu bleiben. Dies solle nicht weiter ausgebaut werden.

StR Hummler erklärt, Vergleiche mit anderen Städten würden nicht weiterhelfen. Im Übrigen würden von gebührenfreien Kindergärten auch Gutverdiener profitieren, dies könne eigentlich nicht im Sinne der SPD sein. Die Freien Wähler werden den Antrag ablehnen.

StR Funk möchte den Alternativantrag stellen, das letzte Kindergartenjahr gebührenfrei zu stellen. Das vorgebrachte Argument, dass dies ein bundes- und landespolitisches Thema sei, sei für ihn nicht stichhaltig, da über den Biberacher Haushalt viele Dinge finanziert werden, die eigentlich nicht in den Zuständigkeitsbereich der Stadt gehören.

StR Dr. Schmid erklärt, mit dem Vorschlag von StR Funk als Kompromiss mitgehen zu können.

StRin Authaler gibt zu bedenken, dass bei Gebührenfreiheit alle Eltern 55 Betreuungsstunden haben wollen werden. Und hierfür gebe es weder ausreichend Personal noch Platz. Es sei auch nicht richtig, dass dann für Kinderkrippen etwas gezahlt werden müsse, für Kindergärten aber nicht. Und zudem besuchten im Landkreis derzeit nur rund ein Prozent der Kinder keinen Kindergarten.

OB Zeidler fügt hinzu, dass der Antrag der SPD-Fraktion stärker differenziert werden müsste. Schauen man sich die Bundesländer mit Gebührenfreiheit einmal näher an, werde man schnell feststellen, dass sich die Gebührenfreiheit auf ganz unterschiedliche Stundenzahlen bezieht. Er

teilt die Einschätzung von StRin Authaler, dass bei kompletter Gebührenfreiheit alle Eltern die Vollversorgung in Anspruch nehmen würden. Dies würde zu enormen Problemen führen. Im Übrigen sei er immer dafür, Eltern mit geringeren Einkommen zu unterstützen. Ein Konjunkturprogramm für Besserverdienende lehne er aber entschieden ab.

StR Mader erläutert, dass es nicht darum gehe, das letzte ein Prozent an Kindern in die Kindergärten zu bekommen. Vielmehr sei es eine Standortfrage und eine Möglichkeit, Biberach als Standort attraktiver zu machen.

StRin Etzinger sieht in dieser Frage eher die Unternehmen in der Pflicht. Diese könnten die Gebühren übernehmen, genauso wie sie es jetzt teilweise schon bei den Kinderkrippen machen.

StR Walter bittet darum, die Themen Fachkräftegewinnung und Gebührenfreiheit der Kindergärten nicht miteinander zu vermengen.

StR Schmogro ergänzt, dass die Schaffung ausreichender Plätze Vorrang vor der Gebührenfreiheit haben sollte.

StRin Kübler bekräftigt, dass die Stadt Biberach die Möglichkeiten hätte, hier aktiv zu werden und dies eine tolle Möglichkeit sei, die Attraktivität des Standorts Biberach zu erhöhen.

StRin Authaler verweist auf die bestehende Härtefallregelung und schlägt vor, lieber die darin enthaltenen Einkommensgrenzen etwas abzusenken.

OB Zeidler fügt hinzu, dass es im laufenden Kindergartenjahr praktisch keinen Härtefall gebe, im vergangenen Jahr habe es sieben Härtefälle gegeben.

Sodann stellt OB Zeidler zunächst den **Antrag** der SPD-Fraktion zur Abstimmung.

Dieser Antrag wird bei drei Ja-Stimmen (StRin Kübler, StRe Dr. Metzger, Mader), 3 Enthaltungen (StRin Hölz, StRe Dr. Schmid, Dr. Wilhelm) und restlichen Nein-Stimmen mehrheitlich **abgelehnt**.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über den **Antrag** der FDP-Fraktion, das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei zu gestalten.

Dieser Antrag wird bei 7 Ja-Stimmen und 9 Nein-Stimmen **abgelehnt**.

Nr. 88: Videoüberwachung - Antrag der CDU-Fraktion -

StR Walter teilt mit, mit der Antwort der Verwaltung soweit zufrieden zu sein. Allerdings hätte er den Bericht gerne im ersten Quartal 2019, schließlich habe die CDU-Fraktion ihren Antrag bereits im Juni 2018 gestellt. Er wisse um die Schwierigkeiten bei der Videoüberwachung, dennoch müsse man dieses Thema angehen.

OB Zeidler erklärt, dass an dem Bericht schon gearbeitet werde und er im ersten Quartal vorgelegt werden sollte.

StR Mader bittet darum, auch die Zusammenarbeit von Polizei, Ordnungsamt und Streetworkern im Bericht darzustellen. Hierüber wisse man derzeit noch viel zu wenig. Auch zu den Örtlichkeiten und Zeiten der Begehungen wünscht er sich nähere Infos. Zur Videoüberwachung habe die SPD-Fraktion eher eine zurückhaltende Meinung.

Damit ist der Antrag erledigt.

Nr. 90: Jugendkunstschule: Erklärung der Zuschusserhöhung je Kurs und je Schüler
- Anfrage der SPD-Fraktion -

StR Etzinger bringt sein Unverständnis darüber zum Ausdruck, dass bei der Jugendkunstschule einfach automatisch der Zuschuss erhöht wird und erinnert an die vorangegangene Diskussion über die Kindersportschule. Dies müsse einmal kritisch hinterfragt werden.

Amtsleiterin Leonhardt erklärt, dass sich die Abschreibung durch die Bewertung des Gebäudes nach der Doppik erhöht habe. Der Zuschuss an den Verein sei gleichgeblieben.

OB Zeidler ergänzt, dass der Zuschuss an die Jugendkunstschule auf einen Einzelbeschluss des Gemeinderats zurückgehe. Einen Automatismus irgendwelcher Art gebe es hier nicht.

Damit ist die Anfrage erledigt.

Nr. 93: Kleingartenkonzept
- Antrag der CDU-Fraktion -

StR Walter zeigt sich einverstanden mit der Antwort der Verwaltung und stellt zugleich klar, dass das Kleingartenkonzept jetzt einmal umgesetzt werden müsse.

Damit ist der Antrag erledigt.

Nr. 98: Beratungskosten
- Anfrage der CDU-Fraktion -

StR Walter führt aus, dass diese Beratungskosten gestrichen werden müssten. Seiner Ansicht nach sei es Aufgabe der Amtsleiter und Dezernenten, so eine Ämterzusammenführung hinzubekommen. Die CDU-Fraktion möchte daher den **Antrag** stellen, diese 10.000 Euro Beratungskosten zu streichen.

OB Zeidler stellt klar, dass es nicht gehe, aus einer Anfrage einen Antrag zu machen.

Baubürgermeister Kuhlmann erklärt, dass das Coaching wohlüberlegt gewesen sei. Konkret gehe es um die Zusammenarbeit von Technikern und Architekten, was eine ziemlich schwierige Angelegenheit sei. Es fehle zum Teil am gegenseitigen Verständnis und es gebe auch einige

menschliche Vorbehalte. Um diese Abzubauen bedürfe es eines externen Beraters und hierfür seien die 10.000 Euro eingeplant.

StR Walter entgegnet, dass 10.000 Euro viel Geld für so etwas sei.

StR Mader regt an zu prüfen, ob diese Kosten ESF-fähig sind.

OB Zeidler fragt nach, ob nun tatsächlich über den Antrag zu den Beratungskosten abgestimmt werden solle. Rein formal könne der Gemeinderat immer einen Antrag stellen, nur sehe er die Gefahr, dass dann auch zu anderen Anfragen Anträge gestellt werden.

StRin Etzinger erläutert, dass ein solches Coaching gut und sinnvoll sei. 10.000 Euro seien im Übrigen nicht viel, dies entspreche gerade einmal fünf Arbeitstage.

StR Walter teilt daraufhin mit, dass die CDU-Fraktion ihren **Antrag** zurückziehe. Dennoch könne er nicht verstehen, dass eigentlich normale Vorgänge mit solchen Summen unterlegt werden.

Damit ist der Antrag zurückgezogen.

Nr. 100: ÖPNV-Busverkehr
- Antrag der CDU-Fraktion -

Der Antrag ist mit der Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

Nr. 101: Zertifizierung der Stadtverwaltung zum fahrradfreundlichen Arbeitgeber
- Antrag der Grünen-Fraktion -

StR Dr. Schmid teilt mit, eigentlich ein klares Ja zum Antrag erwartet zu haben und möchte wissen, was unter einer Prüfung ohne Zeitdruck zu verstehen sei.

OB Zeidler erklärt, dass die Stadt bereits viel auf diesem Gebiet unternehme. Insofern hätte er eigentlich ein Lob erwartet. Insgesamt stehe die Verwaltung einer Zertifizierung aber natürlich offen gegenüber.

Damit ist der Antrag erledigt.

Nr. 102: Schaffung von bezahlbarem Wohnraum
- Antrag der SPD-Fraktion -

StRin Kübler möchte in Bezug auf die Verwaltungsantwort gerne wissen, wie hoch die Erfüllungsquoten in den Baugebieten Hauderboschen und Talfeld gewesen seien.

Baubürgermeister Kuhlmann sagt zu, die Daten zu ermitteln und ihr zukommen zu lassen.

Nr. 103: Einrichtung eines interkommunalen Zweckverbands

- Antrag der SPD-Fraktion -

OB Zeidler erwähnt eingangs, dass viele Themen bereits in der Verwaltungsgemeinschaft überregional in Angriff genommen würden. Insbesondere was Personalbereitstellung und Dienstleistungen untereinander anbelangt, sei man in vagen Vorgesprächen.

StRin Kübler bittet darum, auch die Themen Arbeitsplätze, Wohnen und ÖPNV überregional zu behandeln. Die Zeiten, in denen Gemeinden auf diesen Feldern alleine handeln können seien vorbei. Gerade in Bezug auf das IGI Rißtal sollten diese Themen in der Verwaltungsgemeinschaft besprochen werden.

OB Zeidler entgegnet, er verstehe das Handeln der Verwaltung schon in dem Sinne, dass in der Verwaltungsgemeinschaft nicht nur Bebauungspläne diskutiert werden, sondern auch stark kooperiert werde.

Damit ist der Antrag erledigt.

Nr. 104: Operative Jahresziele

- Anfrage der FW-Fraktion -

StRin Etzinger erklärt, dass beispielsweise das Jahresziel "Kleingartenkonzept" auf Mitarbeiterebene heruntergebrochen werden sollte.

OB Zeidler erklärt, dieses Thema in seinem eigenen Dezernat sehr ernst zu nehmen. Mit all seinen Amtsleitern führe er zu Jahresbeginn ein Gespräch über das vergangene und das anstehende Jahr. Darin thematisiere er auch seine Vorstellungen und Ziele. Er gehe davon aus, dass der jeweilige Amtsleiter dies dann auch herunterbreche auf seine eigenen Mitarbeiter.

Nr. 105: Aufstellung der großen, mittleren und kleinen Gewerbesteuerzahler in Prozentzahlen

- Anfrage der SPD-Fraktion -

StR Mader bittet darum, diese Ziffer kurz im nichtöffentlichen Teil der Sitzung aufzurufen, womit sich OB Zeidler einverstanden erklärt.

Nr. 107: Digitalisierung an Schulen

- Anfrage der FW-Fraktion -

StRin Etzinger möchte in Bezug auf die Verwaltungsantwort wissen, wer nun handeln müsse, die Schule oder das Amt für Bildung, Betreuung und Sport.

OB Zeidler erklärt, dass der Schulträger die Verantwortung trage und dieser in Abstimmung mit den Schulen ein Digitalisierungskonzept erarbeiten müsse. Die Förderung fließe auch an den Schulträger und nicht direkt an die Schule.

Öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am 03.12.2018

Damit ist die Aussprache abgeschlossen. Der Gesamtplan mit den Änderungen wird vom Vorsitzenden nicht zur Abstimmung gestellt.

TOP 1.1. Haushaltsanträge 2019 - CDU-Fraktion

AT 2018/010

TOP 1.2. Haushaltsanträge 2019 - SPD-Fraktion

AT 2018/012

TOP 1.3. Haushaltsanträge 2019 - Freie-Wähler-Fraktion

AT 2018/009

TOP 1.4. Haushaltsanträge 2019 - Grünen-Fraktion

AT 2018/011

TOP 2. Bekanntgaben - Standort Stadtmodell

Kulturdezernent Dr. Riedlbauer trägt vor, in der Sitzung des Hauptausschusses am 8. November sei darum gebeten worden, den Standort des geplanten Stadtmodells noch einmal zu überprüfen. Diese Prüfung sei mittlerweile verwaltungsintern erfolgt und dabei sei man dezernatsübergreifend zu keiner neuen Einschätzung gekommen. Damals wie heute seien alle Beteiligten der Ansicht, dass der ursprüngliche Standort am Schadenhof der am besten geeignete sei. Zur Gestaltung des Areals insgesamt werde das Baudezernat noch eine Vorlage einbringen.

Hauptausschuss, 03.12.2018, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender: **Oberbürgermeister Zeidler**

Stadtrat:

Stadtrat:

Schriftführer: **Achberger**

Gesehen: **EBM Miller**

Gesehen: **BM Kuhlmann**